

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 05/52. Jahrgang

Mai 2021

Schutzgebühr: 0,40 €

„Solidarität ist Zukunft“

So lautet das Motto der DGB-Gewerkschaften zum diesjährigen 1. Mai. Anders als im vergangenen Jahr wird es neben einem digitalen *Livestream* wieder gewerkschaftliche Kundgebungen und Demonstrationen geben.

Ab 10:30 Uhr Kirchenplatz

Da im vergangenen Jahr der pandemiebedingte Verzicht auf Aktionen auf der Straße am 1. Mai von der Kapitaleseite als Einladung zum Generalangriff auf soziale und demokratische Standards interpretiert wurde, ist diese Manifestation gewerkschaftlicher Gegenmacht dringend geboten.

Die Konzerne wurden mit Staatshilfen in Milliardenhöhe bedacht, Lohnabhängige, Rentner und Jugendliche aber sollen die Zeche für Krise und die Kosten der Pandemiebewältigung zahlen. Continental, Bosch und Daimler sind drei Beispiele dafür, wie viele Konzerne die Gunst der Stunde nutzen, um ohnehin geplante Umstrukturierungsmaßnahmen mittels Massenentlassungen und Werkschließungen durchzusetzen. Während die **Aktionäre satte Dividenden erhalten**, reicht das Kurzarbeitergeld der Beschäftigten häufig kaum zum Lebensunterhalt. Noch schlimmer trifft es Minijobber, die erst gar kein Kurzarbeitergeld erhalten und direkt ihren Arbeitsplatz verlieren.

Pflegekräfte, die im vergangenen Frühjahr



mit Applaus bedacht wurden, müssen weiterhin ihre Arbeitskraft zu katastrophalen Bedingungen verkaufen. Beschäftigten im Einzelhandel und Busfahren geht es nicht besser. Sonntagsreden müssen für die „Helden des Alltags“ Lohn genug sein. Die Hoffnung der Beschäftigten in der Altenpflege auf eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung ihrer Tarifverträge wurde ebenfalls bitter enttäuscht. Für die 60.000 Erntehelfer aus Ost- und Südeuropa fehlt bis heute eine Krankenversicherung.

Millionen von Niedriglöhnern warten vergeblich auf einen existenzsichernden Mindestlohn. Leiharbeit, Werkverträge, sachgrundlose Befristungen, betriebsratsfreie Zonen und

Tariffucht gehören weiterhin zum Arbeitsalltag vieler Lohnabhängiger. Die Umverteilung von unten nach oben schreitet auch in der Krise weiter voran.

Angesichts dieser Entwicklungen ist das Motto des DGB gut gewählt, denn **Solidarität ist eine wirkungsvolle Waffe** gegen kapitalistische Ausbeutung. Sie funktioniert aber nur, wenn Lohnabhängige Solidarität als kollektives Handeln ihrer Klasse begreifen. Wird der Begriff Solidarität jedoch als „sozialpartnerschaftliches“ Mantra „gemeinsam durch die Krise“ uminterpretiert, festigt das die bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse im Interesse der Herrschenden.

Ulf Immelt

Inhalt

Matratze des Monats / OB wertet private Hilfe ab / Regio-Tram	S. 2
Ostermarsch / Geschäftsfunktionäre behindern Klimaschutz / Omas gegen Rechts / Dannenröder Forst / Grün-Rot-Rot?	S. 3
Goldgrube Mietshaus / Stadt für ALLE	S. 4
Grüne Kanzlerin / Ukraine	S. 5
Querdenker / Amazon	S. 6
Kriegstreiber Grüne / Leserbrief	S. 7
Termine / Echo-Rätsel / 50 Jahre Gießener Echo	S. 8



Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Matratze des Monats



Der 1. Mai ist unser Tag. Er ist der Tag der Klassenkämpfe, ein Tag, an dem weltweit Millionen von Menschen für eine vom Kapitalismus und von Ausbeutung befreiten Gesellschaft auf die Straße gehen.

Gründe, sich zu wehren, gibt es mehr als genug! Wir sind schon ein Jahr im Lockdown und es wird immer deutlicher, dass die Pandemie genutzt wird, um die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise auf den Rücken der Beschäftigten abzuwälzen.

Während Pandemie und Krise sitzen wir Arbeiter:innen allerdings **keineswegs** mit den Kapitalist:innen **im selben Boot**.

Auf zwei Schienen in die Zukunft Regio-Tram - wie in Karlsruhe oder Kassel

Neben dem erfolgreichen Bürgerantrag zur Planung von **Fahrradstraßen** durch und um Gießen, der von Grünen und SPD zu einem Verkehrsversuch degradiert wurde, wird nun für Unterschriften zugunsten eines weiteren Bausteins der Verkehrswende geworben. Die Stadt soll bei Planungen von Straßenrenovierungen die Möglichkeit einer **Regio-Tram** einbeziehen und die Kosten unter Einbeziehung aller Fördermittel berechnen. Zwei Linien ins Gießener Umland und die Anbindung des Hauptbahnhofs, der Stadtteile und der Universität sind geplant.

Eine Regio-Tram ist ein Fahr-

zeug, das elektrisch angetrieben als Eisenbahn und als Straßenbahn benutzbar ist. Sie kann vorhandene Schienenwege nutzen. In Städten müssten neue Schienen verlegt werden. Aber das kennen alte Gießener: Bis 1953 fuhr hier abgasfrei eine elektrische Bahn. Eine Regio-Tram hat weniger Platzbedarf als Autos, benötigt weniger Energie und ist schneller als Busse, die sich in den Autoverkehr einfüdeln müssen. Sie verbände die Ortschaften um Gießen mit der Gießener Innenstadt, d.h. der Weg für die Landbevölkerung zu Einkauf, Arztbesuch und Kultur fände ohne nervtötende und sauerstoffraubende

Parkplatzsuche statt. Wenn Gießen bis 2035 CO₂-frei agieren will, kommt man an dieser Lösung nicht vorbei.

Zur Finanzierung wird geschätzt, dass mindestens 80 bis 90% durch Fördermittel des Landes, des Bundes oder der EU aufgebracht werden können. In Kassel fahren seit 2007 fünf reguläre Regio-Tram-Linien mit ständig steigenden Fahrgastzahlen. Die Forderungen an das Stadtparlament können digital unter <https://giessen-direkt.de/giessen/de/ideaPtf/53747/single/5> unterzeichnet werden.

M. Berger

Oberbürgermeisterin wertet private Hilfe ab

Da hat sich die Gießener Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz (SPD) in die Nesseln gesetzt:

Eigentlich wollte sie der rührigen Stadtverordneten der „Gießener Linke“ Martina Lennartz (DKP) in einem Interview mit dem „Gießener Anzeiger“ den Wind aus den Segeln nehmen und „eins auswischen“. Martina Lennartz kritisiert seit fünf Jahren die nicht ausreichende **Hilfe der Stadt für obdach- und wohnsitzlose Menschen**. Die OB hingegen behauptete allen Ernstes, die Stadt würde genug Unterstützung betreiben und dass Obdachlosenhilfe nicht von privatem Engagement

abhängig sei, sondern leugnete dessen Notwendigkeit.



Dieser Realitätsverlust löste den Widerspruch und Empörung vieler Engagierter aus, die in der Nachbarschaftshilfe und in sozialen Brennpunkten aufopferungsvoll tätig sind. Das „Gießener Echo“ berichtete bereits über das Engagement im Liebig-Hotel. Hätten die OB und ihre Partei öfter einmal den Anträgen der DKP-Abgeordneten zur Verbesserung der Lage armer Menschen zugestimmt, statt alle Anträge abzulehnen – oder wenigstens zugehört. Hochmut kommt vor dem parlamentarischen Fall.

M. Berger

Ostermarsch Gießen 2021



Frieden ist nicht alles - aber ohne Frieden ist alles nichts! Das Friedensnetzwerk forderte am sonnigen Ostersonntag vor ca. 80 Menschen den Austritt aus der NATO, Frieden mit Russland und Abrüsten statt Aufrüsten. Es erkennt die politische angespannte Situation und wird mit neu gewonnenen Mitstreitern weiterkämpfen.

Schließ dich an: Giessener-Friedensnetzwerk@web.de



Omas gegen Rechts bieten Hasspredigern die Stirn

Eine schnelle Reaktion der Gießener „Omas gegen Rechts“ gegen hasserfüllte rechtsradikale Diffamierungen auf der Gießener AfD-Homepage zeigte Wirkung. Die Kommentare, darunter die vieler Nazis aus dem Ostsee-Raum, mussten gelöscht werden. Dass erst nach öffentlichen Protesten die dumm-dreisten Pöbeleien unterbunden wurden, weist auf eine altbekannte Taktik von Gauland und Konsorten hin:

Erst eine Sau (oder Flüchtende?) durchs Dorf treiben oder treiben lassen und dabei Grenzen überschreiten, dann Bedauern heucheln.

Die Gießener AfD, in deren Reihen Hilmar Jordan als Abgeordneter im letzten Stadtparlament saß und der staatsanwaltlich bestätigt als Faschist bezeichnet werden darf, bekam innerhalb kürzester Zeit über 90 Kommentare, was auf eine gezielte bundesweite Kampagne hindeutet.

M. Berger

Geschäftsfunktionäre behindern Klimaschutz

Seit Anfang März dümpelt eine Unterschriftensammlung des BID-Vorsitzenden Kirchhof (BID = Zusammenschluss von Geschäftsinhabern) vor sich hin – trotz ganzseitigen Anzeigen in beiden Tageszeitungen. Mit den Schlagworten „vernünftigerer, abgewogenerer, durchdachterer Verkehrsplanung“ versucht er, dem erfolgreichen Bürgerantrag „Fahrradstraßen“ Schlaglöcher in den Weg zu legen. Er wirft diesem Antrag vor „übers Knie gebrochen“ zu sein.

Dabei verlangt er selbst, dass ein Verkehrsentwicklungsplan (VEP) „möglichst schnell fertig“ zu

stellen sei. Mitte April versuchte er, durch Beilagen in beiden Tageszeitungen auf schwerem Papier seinem Anliegen Gewicht zu geben. Es scheint, als habe der Ex-Grüne-Parlamentarier damit die Wahlergebnisse abgewartet. In einer CDU-dominierten Stadt wäre sein Anliegen, das auf Zeit spielt, am besten aufgehoben gewesen. Ein VEP wäre erst Anfang 2023 fertiggestellt, der Verkehrsversuch mit den Fahrradstraßen führt bereits Ende 2022 zu einem Ergebnis. Doch die **Klimaveränderungen kennen weder Zeitverzögerung noch Profitinteressen.** M.B.

Dannenröder Forst: Der Staat will sich rächen

Eine Schneise durch den Wald ist geschlagen, die Aktivisten kämpfen in ihrem Umweltcamp weiter gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Die Obrigkeit – Hessen und die BRD – gibt sich mit ihrem fragwürdigen Erfolg jedoch nicht zufrieden. Sie setzt alles daran, möglichst **viele der Aktivistinnen zu kriminalisieren und hart zu bestrafen.** Da auf den zigtausenden von der Polizei geschossenen Fotos wegen der Maskenpflicht allerdings wenige der Waldbesetzer zu erkennen sind, beschäftigt die Polizei für viel Geld ein Heer von Spezialisten, die angeblich weitgehend verdeckte Gesichter identifizieren können. Strafbefehle ergingen daraufhin auch an Menschen, die noch nie im Dannenröder Forst gewesen sind. Besonders hart gehen Polizei und Justiz gegen die Teilnehmer der Ab-

seil-Aktionen an Straßenbrücken vor. Sie sollen wegen „Eingriff in den Straßenverkehr“ vor Gericht gezerrt werden und die überzogenen Polizeiaktionen bezahlen. Dabei wurde der Straßenverkehr mehr durch die Polizei als durch die Demonstranten behindert und gefährdet.

Eine Baumbesetzerin sitzt seit Monaten in Untersuchungshaft. Ihr wirft die Polizei versuchte schwere Körperverletzung vor – dabei brachte die Polizei eher die auf einem Baum befindliche Frau in Lebensgefahr als umgekehrt. Die Frau verweigert Angaben zu ihrer Identität. Es sieht aus, als wolle die Justiz sie auf Dauer gefangen halten, um ihren Widerstand zu brechen. Alle im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die A49 beschuldigten Aktivisten brauchen unsere Solidarität. G. Linhart

Grün-Rot-Rot in Gießen?

Rechnerisch war es schon in den vergangenen Jahren immer mal möglich, eine Koalition aus SPD, Grüne und Gießener Linke zu bilden. Jetzt haben nach Sondierungsgesprächen unter Führung der Grünen Verhandlungen zur Bildung einer Koalition begonnen.

Gerade in den Bereichen Verkehr und Klima haben alle drei Parteien viele Schnittpunkte. Ob das auch so in den Bereichen Soziales und Wohnen sowie Schulen, Sport und Kultur ist, bleibt abzuwarten.

Helmut Appel

Goldgrube Mietshaus

In den letzten Echos berichteten Betroffene über zwei große alte Mietshäuser (Keplerstr. 1 und Ludwigstr. 50), die von dem Unternehmer K. Laumann gekauft wurden, um sie nach Vertreibung der Mieter umzubauen und danach mehr Miete abzukassieren. Die Vertreibung der Wohngemeinschaften aus der Keplerstraße ist bereits gelungen.

Außer Laumann gibt es in Gießen jedoch noch weitere Investoren, die mit Häusern ähnlich umgehen. Wie das funktioniert, kann man z. B. an einem schönen alten Haus in der Moltkestraße beobachten. Vor seinem Verkauf und Umbau gab es sechs Briefkästen, an denen jeweils zwei bis vier Namen standen. Jetzt existiert eine Briefkastenanlage mit zehn nummerierten Fächern. An einigen davon stehen immer noch zwei bis drei Namen, dort wohnen noch die alten Mieter. An den anderen steht nur noch die



Nummer und daneben eine Liste mit bis zu sieben Namen. Diese Wohnungen wurden zu Miniappartements umgebaut, die teilweise unter 10 Quadratmeter groß sind. Diese Appartements werden möbliert vermietet, denn so gelten keine Regeln für Mietgrenzen. Jede dieser Minibehausungen kostet dann etwa so viel wie früher die gesamte Wohnung. Der Investor versucht, alle alten Mieter loszuwerden, indem er sie in einer Dauerbaustelle wohnen und ständig unangenehme Post vom Vermieter zukommen lässt. Ihnen werden Modernisierungen, wie z. B. neue Fenster, angeboten. Diese sind so gestaltet, dass die Zimmer leicht unterteilt werden können. "Modernisierungskosten" können auf die Miete umgelegt werden, sodass die Bewohner also selbst die Kosten ihrer Vertreibung zahlen sollen.

Auch im Dach- und Kellergeschoss sollen Miniappartements entstehen. Dass die Mieter laut Mietvertrag

einen Anspruch auf einen Kellerraum haben, ist ein weiterer Grund für ihre Vertreibung.

Früher wohnten in dem Haus etwa **20 Menschen**, nach dem Umbau werden es **über 50** sein. Ein Beitrag zur Behebung des Wohnungsmangels, wie die Investoren gern behaupten, ist das nicht. Die entstandenen Räume sind für die meisten Bewohner nur kurzfristige Unterkünfte.

Der hier geschilderte Vorgang findet in Gießen an vielen Stellen statt. Am Nahrungsberg hing an einem ähnlichen Haus monatelang ein großes Transparent mit der Aufschrift „Wir wollen hier wohnen bleiben“. Inzwischen ist es leer und eine Baustelle. Der Wohnungsbau in Gießen wird fast vollständig privaten Investoren überlassen. Das führt zu solchen Auswüchsen. **Das Recht auf eine Wohnung ist ein Menschenrecht!** Hier muss die Stadt wesentlich aktiver werden.

Gernot Linhart

Stadt für ALLE, was heißt das?

Das Kippen des Berliner Mietendeckels durch das Bundesverfassungsgericht ist ein herber Schlag für die Mieter:innen, auf die nun wieder höhere Mieten und Nachzahlungen zukommen. Aber es macht jedoch auch klar, dass die Verantwortung für bezahlbaren Wohnraum beim Bund liegt. So katalysiert es die Energie der zahlreicher werdenden zivilgesellschaftlichen Bewegungen rund ums Thema

"Mieten und Wohnen".

Einige von diesen berufen sich auf das *Recht auf Stadt*. Der Begriff geht auf den französischen Philosophen und Marxisten Henri Lefebvre zurück. Doch was soll es bedeuten?

Lefebvres Buch *Recht auf Stadt* beschreibt eine Reihe an kollektiven Rechten. Die **Stadt wird als Werk betrachtet**, erschaffen von der in ihr lebenden Bevölkerung, sowohl materiell als auch ideell. Ihre Unterwerfung unter die kapitalistischen Verwertungslogik entreißen die Stadt und ihre Vorzüge den finanziell benachteiligten Menschen (Bsp.: Verdrängung durch Luxussanierung). Lefebvre ergänzt das Recht auf Wohnraum durch das "Recht auf städtisches Leben, auf Zentralität, auf Orte der Begegnung und des (Aus)tauschs, auf Lebensrhythmen und Tagesabläufe, die den vollen und vollständigen Gebrauch dieser Augenblicke und



Orte erlaubt" (Henri Lefebvre: *Das Recht auf Stadt*, Edition Nautilus 2019, S.197).

Urbane Qualitäten sollen kollektiv genutzt und gestaltet werden - Alle brauchen Zugang zu den Orten des kulturellen Schaffens, der städtischen Infrastruktur, wie öffentlichen Verkehrsmitteln und Krankenhäusern, und des Wissens, also Schulen und Universitäten.

Für uns heißt das: **Eine Stadt für alle kann keine Stadt in der Hand von Kapitalinteressen sein.** Die visionären Ideen von Lefebvre haben das Potential revolutionäres Bewusstsein zu schaffen, da es Vergesellschaftung von Wohn- und Freiräumen, Bildungsgerechtigkeit, eine Verkehrswende im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung und eine demokratische Stadtplanung und -verwaltung unter kapitalistischen Vorzeichen nicht geben kann.

J. von Stadt für ALLE, Gießen



Grüne Kanzlerin = umweltfreundliche Politik?

Aktuelle Werte der Sonntagsfrage lassen die Möglichkeit realistisch erscheinen, dass es nach der Bundestagswahl im September in Deutschland erstmals eine grüne Kanzlerin geben könnte.

Daher wollen wir uns der Frage zuwenden, ob es innerhalb des Kapitalismus möglich ist, die



Klimakrise zu lösen. Zwei Punkte sprechen dagegen:

Erstens setzt der Kapitalismus als Wirtschaftssystem permanentes unendliches Wachstum voraus. Dies geht mit stetig wachsenden Verbrauch von Ressourcen einher.

Der Markt wird allerdings nicht in der Lage sein, dieses Problem zu lösen, was sich am einfachen Beispiel des Verkehrs verdeutlichen



lässt. Der Güterverkehr findet fortschreitend per LKW und auch der Personenverkehr primär mit dem PKW auf der Straße statt. Durch Privatisierung von Bahn und öffentlichen Verkehrsmitteln kommt der Ausbau des ressourcenschonenden „Kollektivverkehrs“ auf der Schiene nicht voran und die meisten werktätigen Menschen bleiben auf das Auto angewiesen. Es bedarf einer gesellschaftlichen Planung im Interesse der Bevölkerung anstelle von Profit- und Wachstumslogik.

Zweitens treffen die Auswirkungen des Klimawandels und die dadurch ausgelöste Umweltzerstörung sowie Naturkatastrophen, wie Dürren, Luft- und Wasserverschmutzung vor allem Menschen in nicht-imperialistischen Ländern. Selbst wenn Deutschland seine eigene Klimabilanz verbessern könnte, würde das nichts an den menschen- und naturaus-

beutenden Lieferketten deutscher Konzerne ändern, von denen der deutsche Wohlstand maßgeblich abhängt. Sind die meisten der weltweit Flüchtenden aktuell „Kriegsflüchtende“, werden im Verlauf des 21. Jahrhunderts vor allem „Klimaflüchtende“ hinzukommen.

Deshalb kann der Kampf um das Grundrecht auf eine intakte Natur und damit der Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsweise nur **Erfolg** haben, wenn es uns gelingt, diese auf **globaler Ebene** anzugreifen. Hierfür braucht es einen internationalistischen und solidarischen Ansatz, unabhängig vom Konkurrenzkampf der Nationalstaaten. Diesen Ansatz lässt das Parteiprogramm der Grünen allerdings vermissen.

Change the System – Not the Climate! Für den Sozialismus!

Jonas von der SDAJ



<https://www.instagram.com/sdaj.giessen/>



https://www.facebook.com/sdaj.giessen/?ref=page_internal

Wer provoziert wen in der Ukraine?

Die Medien sind voll von Berichten darüber, dass Russland auf der Krim und an der Grenze zum Osten der Ukraine Truppen zusammenziehe. Über die zunehmenden Repressalien der ukrainischen Regierung gegen den russischsprachigen Teil der Bevölkerung berichten sie dabei allerdings kaum und auch nicht darüber, dass die Regierung in Kiew offensichtlich anstrebt, den Konflikt mit den Gebieten um Donezk und Lugansk militärisch zu lösen, und sich an den dort lebenden Menschen für deren Widerstand zu rächen.

Das Waffenstillstandsabkommen wurde von der Armee und den Milizen der Ukraine schon vor einigen Wochen gebrochen, sie haben verbotene schwere Waffen stationiert und abgefeuert. Präsident Selenski prahlt damit, er könne jederzeit den Einmarsch in die von Separatisten regierten Gebiete befehlen. Seine Regierung

hofft dabei auf die Unterstützung der NATO.

Im Minsker Friedensabkommen hatten die Garantiemächte Deutschland, Frankreich und Russland mehr oder weniger anerkannt, dass die Menschen im Donbass gute Gründe hatten, sich gegen den Einmarsch der ukrainischen Milizen,

mächte Deutschland und Frankreich verhalten sich nicht neutral, sondern gießen mit dem NATO-Manöver „Defender“ gemeinsam mit der Armee der Ukraine Öl ins Feuer. Die wechselnden Machthaber in Kiew zeigen immer deutlicher, dass die Menschen mit russischer Muttersprache in ihrem Machtbereich nichts Gutes zu erwarten haben – ihre Sender, Presse, Internetseiten, Filme, Literatur und Kunst werden nach und nach total verboten.

Die Anstrengungen Russlands, diesen Maßnahmen und der militärischen Bedrohung etwas entgegenzusetzen, werden in den westlichen Medien und von den meisten Politikern als Aggression dargestellt. Frieden im Osten kann es nur geben, wenn die Garantiemächte die Regierung in Kiew deutlich auf ihre Verpflichtungen aus dem Minsker Abkommen hinweisen.

Kreisvorstand DKP Gießen

22. Juni 1941 –
Der Überfall auf
die Sowjetunion
mahnt



Nie wieder
Faschismus!
Nie wieder Krieg!
DKP

die teilweise Hakenkreuze und SS-Runen an ihren Uniformen trugen, zu wehren. **Die Regierung der Ukraine wurde verpflichtet**, mit den Anführern des Widerstandes zu verhandeln und so die Zukunft dieser Gebiete zu regeln. Diese Verhandlungen werden von den jeweiligen Machthabern in Kiew mit fadenscheinigen Gründen verweigert. Die westlichen Garantie-

Wem nutzen die Querdenker? Hofnarren der Regierung

Bei linken Demonstrationen finden Gerichte schnell Gründe für ein Verbot. Bereits vorab gibt es strenge Auflagen und es müssen genügend Ordner gestellt werden, um diese Auflagen durchzusetzen. Die Polizei kontrolliert die Zufahrtswege und plant, wie sie einen Zug stoppen und einkesseln kann, um schon bei kleinen Verstößen gegen die Auflagen alle Personalien zu ermitteln.

Bei Querdenkerdemos jedoch ist das bekanntlich anders. Gerichte sind großzügig, die Polizei wirkt unvorbereitet, Aktivitäten von Ordnern sind nicht zu erkennen, oft zeigen die Polizisten sogar Sympathie für die Teilnehmer. Kein Wunder, denn diese Demonstrationen haben für die Herrschenden eine Funktion: Je absurder die dort vertretenen Thesen, je provokanter das Verhalten der Demonstranten, desto schwieriger wird fundierte Kritik an den Maßnahmen der Regierung.

Dabei gibt es dafür viele Gründe. In mehr als 15 Monaten Pandemie wurden außer Virologen und Epidemiologen kaum Wissenschaftler zu Rate gezogen, kaum Gesellschaftswissenschaftler und Sportmediziner, oft wurden noch nicht mal Aerosolforscher ernst genommen. Die Regierung propagiert zwar „Gesundheit geht vor“; in der Praxis aber stellt sie vor allem das Weiterlaufen von Produktion und Logistik sicher. Betriebsräte (wo es sie überhaupt gibt) haben es schwer, Hygienemaßnahmen durchzusetzen. Kontrollen durch Behörden oder Berufsgenossenschaften gibt es kaum. In asiatischen Ländern verwendete Maßnahmen wie Messung der Körpertemperatur und vorübergehende Stilllegung aller nicht lebensnotwendiger Betriebe werden abgelehnt. Die neu erlassenen Vorschriften der sog. Notbremse zementieren

Regelungen, deren Wirksamkeit nie wissenschaftlich belegt wurde.

Unter kapitalistischen Verhältnissen sind es vor allem die arbeitenden Menschen, die unter der Pandemie leiden. Diese Aspekte spielen bei den Querdenkern keine Rolle, sie sind mehr oder weniger die nützlichen Hofnarren der Regierung.

G.Linhart



Ausbeuter des Monats: Amazon

Amazon verbietet Beschäftigten FFP2-Masken, weil sie sonst öfter Pause machen dürften. Nun ist es nichts Besonderes, dass Unternehmen versuchen die Ausbeutungsrate zu erhöhen, denn jedes kapitalistische Unternehmen beutet aus, eignet sich also fremde Arbeit in Form des Mehrwerts an.

Mehrwert ist der Wert, der geschaffen wird, nachdem die Produkte hergestellt worden sind, die dem Lohn entsprechen.

Angenommen jemand arbeitet 160 Stunden im Monat und stellt 160 Waschmaschinen her. Sie schafft vielleicht 160 Waschmaschinen im Monat fertig zu stellen und bekommt dafür 3.200 Euro. Die 160 Geräte sind aber wesentlich mehr wert, also können wir davon ausgehen, dass die Person vielleicht schon nach 10 Waschmaschinen den Wert, der ihrem Lohn entspricht, erwirtschaftet hat. Natürlich müssen davon auch die Menschen in der Entwicklung oder im Vertrieb bezahlt werden und die, die die Rohstoffe beschaffen



usw., sagen wir sie bekommen auch jeweils den Lohn, der 10 Waschmaschinen entspricht. Dann bleibt aber immer noch der Wert von 130 Waschmaschinen übrig.

Dieser Wert ist der Mehrwert und diesen eignet sich das Unternehmen an.

Dieser Mehrwert wird für neue Investitionen genutzt, aber auch, um Dividenden an Aktionäre auszuschütten oder Managergehälter zu zahlen. Also gibt es Menschen, die in diesem Arbeitsprozess gar keine Rolle spielen, außer, dass ihnen die

Produktionsmittel gehören und sie sich den Mehrwert aneignen. Das nennt Karl Marx **Ausbeutung**.

Unternehmer versuchen immer mehr Mehrwert aus den Menschen herauszuholen: Akkorde werden erhöht, Pausenzeiten eingeschränkt, Arbeitsprozesse optimiert usw. Die meisten Dinge davon gehen zu Lasten der Gesundheit der Arbeiter:innen, sie haben mehr Stress und stärkere körperliche Belastungen. Sterben die Menschen an Corona, *Burnout* oder anderen arbeitsbedingten Krankheiten, holen sich die Unternehmen neue Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt. **Der Mensch zählt in dem System nicht, sondern nur seine Arbeitskraft.**

Ich will eine Gesellschaft, in der die Menschen und ihre Bedürfnisse und nicht nur die Arbeitskraft und Profite zählen. Diese Gesellschaft werden wir nur gemeinsam gegen die Kapitalinteressen erkämpfen können.

Tobias Salin

Die Grünen: Kriegstreiber im Klimaschutzpelz

Keine der Parteien der BRD betreibt derzeit eine größere Kriegshetze als die Grünen – und das von den meisten unbemerkt und unter dem Deckmantel der „Menschenrechte“.

A. Baerbock, frisch gekürte Kanzlerkandidatin, fordert schärfere Sanktionen gegen Russland und China und darüber hinausgehende Maßnahmen und bedauert, dass durch das Veto-Recht im UN-Sicherheitsrat Eingreifen verhindert werden kann.

R. Habeck setzt auf Aufrüstung, auf die EU-Armee mit Pesco und brüstet sich damit, dass die Grünen mit J. Fischer schon einmal Verantwortung bewiesen und Krieg gegen Jugoslawien geführt haben.

Dazu bedarf es jedoch der Unterstützung – zumindest Duldung – der in der Mehrheit kriegsunwilligen Bevölkerung. Der halluzinierte „Genozid“ an den Uiguren in Xinjiang kommt da gerade recht.

Das war der Inhalt einer Demo von etwa 80 Menschen am 17.4. in Gießen, die von dem neuen grünen Stadtverordneten S. Svoboda initiiert worden war. Die wenigsten der sicher in gutem Glauben teilnehmenden dürften jedoch über die tatsächlichen Hintergründe informiert gewesen sein.

Seit Beginn dieses Jahrhunderts durchzieht der „Islamische Staat“ bzw. „Al-Qaida“ die Welt mit mörderischen Anschlägen. In Xinjiang im Westen Chinas, das zu etwa 45% von Uiguren und zu 40% von Han-Chinesen bewohnt ist, gibt es schon lange separatistische Bestrebungen. Uigurischen Nationalisten bzw. uigurischen Dschihadisten verübten seit Jahren immer wieder schreckliche Gräueltaten und Bombenanschläge, rasten mit LKWs in Menschenmengen oder jagten sich und andere mit Sprengstoffgürteln in die Luft. Die meisten der Tausenden Opfer waren Han-Chinesen.

Dem begegnete die chinesische Regierung nicht mit weiterem Terror oder Folterlagern wie in Guantanamo (auch dort saßen uigurische Dschihadisten), sondern mit „Umerziehungslagern“ für alle, die sich dem „Heiligen Krieg“ angeschlossen, aber keine ernsthaften Schäden angerichtet haben. Sie werden dort unterrichtet und weiterqualifiziert. Seit drei Jahren gab es dort keine Anschläge mehr, weswegen diese Lager von den insgesamt 25 Millionen Einwohnern Xinjiangs begrüßt werden.

Aber was ist die Wahrheit gegen

die gezielte Zwecklüge und sei sie noch so dicke: wie die Auschwitz-Verhinderung in Jugoslawien, wie die Frühgeburten, die in Bagdad aus den Brutkästen gerissen wurden, wie die Serben, die mit Totenköpfen Fußball spielten...

Und so fordert denn S. Svoboda ganz im Sinne seiner Kriegstreiber auf Bundesebene: „klare Konsequenzen gegenüber dem tyrannischen System in China. Sanktionen reichen nicht aus.“

Sollte es aber wirklich zu dem so vorbereiteten Krieg kommen, dann werden wir ihn nicht nur wie in den 90er Jahren im Fernsehen verfolgen können, dann werden wir ihn vor der Haustür haben.

Erika und Michael Beltz



Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt
Kämpfer:innen

Drei Wochen gratis.
Probabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

Leserbrief: Verurteilung der „Chrysi Avgi“

Griechenlands neofaschistische Partei Chrysi Avgi („Goldene Morgenröte“) ist eine kriminelle Organisation! So entschied am 07.10.20 nach fünfjähriger Prozessdauer das zuständige Athener Gericht. Sieben Mitglieder der Parteispitze wurden wegen der Leitung einer kriminellen Organisation für schuldig befunden. Ihnen drohen Haftstrafen zwischen fünf und fünfzehn Jahren. Dem CA-Anhänger Jorgos droht sogar ein lebenslanger Freiheitsentzug. Er hatte den Mord an Pavles Fyssas gestanden, einem Musiker aus der linken Szene. Weitere 15 Anhänger der faschistischen Partei wurden der Mittäterschaft

für schuldig befunden, die an den brutalen Überfällen auf aus Ägypten stammende Fischer sowie Mitglieder der kommunistischen Gewerkschaft PAME teilnahmen. Die Opfer waren mit Schlagstöcken und Eisenstangen brutal zusammengeschlagen worden. Prozessbeobachter sprechen von „Sturmkommandos“. Von den insgesamt 68 Angeklagten waren nur elf anwesend. Vor dem Gebäudekomplex hatten sich etwa 15.000 Demonstranten eingefunden, die unter dem Motto „Sie sind nicht unschuldig“ demonstrierten. Die „Goldene Morgenröte“ war zwischen 2012 und 2019 im griechischen Parlament vertreten. Zwischen-

zeitlich war sie drittstärkste Partei im griechischen Parlament. Sie ist auch im Europaparlament vertreten.

Nun, was hat das mit Deutschland zu tun? Die AfD wie auch die NPD pfleg(t)en erwiesenermaßen Kontakte zur „Goldenen Morgenröte“. Der Spitzenkandidat der AfD in Brandenburg Andreas Kolbitz hat z. B. schon 2007 zusammen mit NPD-Mitgliedern am rassistischen Aufmarsch in Athen teilgenommen.

Es ist Zeit, auch in Deutschland das Verbot aller faschistischen Organisationen zu fordern und durchzusetzen!

Uwe Moldenhauer

Termine

01.05.2021 ab 10:30 Uhr:

Internationaler Tag der Arbeiterklasse, Kirchenplatz



08.05.2021 ab 10:30 Uhr:

Infostand der DKP Gießen, Kreuzplatz / Kugelbrunnen

08.05.2021 um 14 Uhr:

Befreiung vom deutschen Faschismus, Antifaschistischer Spaziergang, Berliner Platz



27.05.2021 um 19 Uhr:

Gruppenabend DKP Gießen mit Referat und Diskussion mit Renate Koppe zu "Russland", Kerkradezimmer, Kongresshalle

Jeden Montag um 18 Uhr:

Protest gegen Hartz IV bei den 3 Schwätzern

Redaktionsschluss für das Juni-Echo: Mi., 26. Mai

UZ - sozialistische Wochenzeitung der DKP
Das 6-Wochen-Probe-Abo zum Kennenlernen!

ECHO

RÄTSEL

1. Weder Hammer noch Sichel
 2. Blieben gern daheim
 3. Ende des Kapitalismus

4. Für die DKP im Stadtparlament (Nachname)
 5. Am 8. März demonstrierten wir gegen die Unterdrückung der ...

6. Als Vorwand für Imperialismus und Krieg missbraucht
 7. Versucht Fahrradstraßen zu umfahren

8. Verbessert selbst der Sozialismus eher nicht
 9. Unser Infostand erhielt eine Wurstspende. Wir sagen ...
 10. Jedes Gießener Echo wirbt für Sozialismus und für ...

?

?

?

?

?

?

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

M.Hühn

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor 50 Jahren konnten wir von einer erfolgreichen Veranstaltung der Gießener Arbeiterjugend berichten. Am Vorabend des 1. Mai kamen 250 Jugendliche aus Organisationen wie SDAJ, Falken, Gewerkschaftsjugend und Jusos unter dem Motto „Arbeiterjugend contra Monopole“ im Saalbau Deeg zusammen, um zu diskutieren und zu feiern. In einer einstimmig angenommenen Resolution forderten sie u.a. ein neues Berufsbildungsgesetz.

Vor 40 Jahren nahm das Programm des „Volksfest für den Frieden“ der DKP zwei Seiten des Gießener Echos ein. In den Hessenhallen traten u.a. Karat und Ina Deter auf, es gab viele Diskussionsrunden, ein

Kinderfest und ein Fußballturnier für Freizeitkicker um den begehrten „Gießener Echo-Pokal“.

Vor 20 Jahren beleidigte SPD-Kanzler G. Schröder die Arbeitslosen mit dem Spruch „Es gibt kein Recht auf Faulheit“. Damit leitete er den Sozialabbau durch die Hartz-Gesetze ein.

Vor 10 Jahren führte die NATO Krieg gegen Libyen und nutzte dazu einen UN-Beschluss, der eigentlich nur eine Flugverbotszone legitimierte. Der Krieg führte zur Ermordung Gaddafis durch Islamisten. Aus dem blühenden Land Libyen wurde ein gescheiterter Staat. Der Krieg ist bis heute nicht wirklich beendet.

Gießener Echo

Bitte die Abgebühren bezahlen und spenden!

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantwortl.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).
 Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Druck: Gründrucken Gießen

Namentlich gezeichnete Artikel gebennichtunbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen, Leserbrief, Anfragen an:
 Gießener Echo,
 Postfach 110340,
 35348 Gießen,
E-Mail: giessen@dkp.de
Im Internet: www.giessen.dkp.de